

Personalentwicklungskonzept – dringender denn je erforderlich!

Die Anforderungen an die Flexibilität der Mitarbeiter, an ihre Fähigkeit und Bereitschaft sowie ihr Wissen und Können, den laufend verändernden Arbeitsbedingungen anzupassen, steigen permanent.

Um diese Aufgaben zu meistern, braucht die sächsische Polizei quantitativ ausreichendes, motiviertes und gut ausgebildetes Personal. Denn nur so ist es möglich, die sich ständig verändernde Aufgabenvielfalt im Polizeibereich erfolgreich zu bewältigen, die da unter anderem heißt:

- Organisierte Kriminalität mit neuen Formen der Wirtschaftskriminalität
- verstärkte Bekämpfung des Menschenhandels und der illegalen Einwanderung
- Computerkriminalität
- Bekämpfung von Graffiti-Schmierereien
- Umsetzung neuer Gesetze und Vorschriften
- Bekämpfung des Extremismus
- Drogenkriminalität
- Unterstützung der Polizeiarbeit durch Auslandsmissionen
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit
- Terrorismus
- grenzüberschreitende Kriminalität
- Prävention ...

Doch Verantwortung und Engagement zu zeigen ohne eigene Perspektiven für die Zukunft und ohne Unterstützung und Rückhalt durch das dafür verantwortliche Ministerium – wie soll das funktionieren? Personalperspektive und Personalentwicklung auf sächsische Art sind schon eine besondere Spezies!

Erinnern wir uns mal kurz! Gesamt-sollstärken und dazugehörige Erläuterungen, die am 1. Januar 2005 galten und höchstwahrscheinlich auch auf so etwas wie einer Berechnungsgrundlage von kompetenten Verantwortlichen basierten, haben schon etwas Nostalgisches an sich.

So hieß es (und dies mit vollster Überzeugung): „Die Entwicklungen

und Veränderungen in Gesellschaft und Politik lassen neue soziale Konfliktpotenziale erwarten. Diese haben mittelbar und unmittelbar Auswirkungen auf die sächsische Polizei und ihre Beschäftigten. So stellt sich die Polizei durch die Neuorganisation oder die Realisierung von weiteren notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen neu auf ...“

Das bedeutete damals:

Die Polizei Sachsens benötigt definitiv folgende Stellen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können:

- Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge 2 346 Stellen
- Polizeidirektion Dresden 1 634 Stellen
- Polizeidirektion Leipzig 1 655 Stellen
- Polizeidirektion Oberes Elbtal-Ost-erzgebirge 1 392 Stellen
- Polizeidirektion Oberlausitz-Niederschlesien 1 608 Stellen
- Polizeidirektion Südwestsachsen 1 551 Stellen
- Polizeidirektion Westsachsen 1 617 Stellen
- Landeskriminalamt Sachsen 894 Stellen
- Landespolizeidirektion Zentrale Dienste Sachsen 754 Stellen
- Präsidium der Bereitschaftspolizei 89 Stellen
- 1. Bereitschaftspolizeiabteilung 481 Stellen
- 2. Bereitschaftspolizeiabteilung 318 Stellen
- 3. Bereitschaftspolizeiabteilung 307 Stellen
- Aus- und Fortbildungsinstitut der sächsischen Polizei 242 Stellen
- Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) 66 Stellen

Damit sollte also nach Adam Riese die Gesamt-sollstärke der sächsischen Polizei 14 954 Stellen betragen, wovon 12 270 Stellen dem Polizeivollzugsdienst zugeordnet wurden. Die Zahl beinhaltet schon damals keine Stellen für Auszubildende und Beamte im Vorbereitungsdienst.

Wie kam man denn damals auf diese Zahlen?



Torsten Scheller

Auszug aus dem Papier der Gewerkschaft der Polizei Sachsen e. V. AG Zukunft, aus dem Jahr 2006: „Gleichwohl ist auch die Berechnungsgrundlage zur Feststellung der notwendigen Personalstärken zu prüfen, ob diese den tatsächlichen Anforderungen gerecht wird. Derzeit sind vonseiten des Staatsministeriums folgende Parameter in die Berechnung einbezogen worden:

- Mittelwert der im Freistaat in den Jahren 1999 bis 2002 registrierten Straftaten
- Mittelwert der im Freistaat Sachsen in den Jahren 1999 bis 2002 registrierten Verkehrsunfälle der Kategorie 5 sowie der Summe aus den Kategorien 1 bis 4 und 6
- Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2002
- Bevölkerungsdichte zum 31. Dezember 2002
- Führungsspanne
- bisherige Personalstärken
- Autobahnkilometer (nur zur Bemessung der Autobahnpolizeireviere)
- Anzahl der Schulklassen in den Klassenstufen 3, 4 und 7 (nur zur

Fortsetzung auf Seite 2

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe **August 2015**, war der **3. Juli 2015**, für die Ausgabe **September 2015** ist es der **31. Juli 2015** und für die Ausgabe **Oktober 2015** ist es der **3. September 2015**.

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht.

Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Berechnung der Sollstärke des Fachdienstes „Prävention“ der Polizeidirektionen).“

Wohlgemerkt: Diese Berechnungsgrundlage des SMI galt 2005 – und heute?

Was ist davon bis heute übrig geblieben?

Wahrscheinlich hat sich irgendwer verrechnet! Oder hat sich etwas verändert? Oder ... Egal! Auf jeden Fall brauchen wir nicht mehr so viele Polizisten! Das erfordert eine Neuberechnung der Sollstärken! Diese bringt zehn Jahre später folgendes Ergebnis:

- Polizeidirektion Chemnitz 1 937 Stellen
- Polizeidirektion Dresden 2 566 Stellen
- Polizeidirektion Leipzig 2 965 Stellen
- Polizeidirektion Görlitz 1 425 Stellen
- Polizeidirektion Zwickau 1 207 Stellen
- Landeskriminalamt Sachsen 826 Stellen
- Polizeiverwaltungsamt 564 Stellen
- Präsidium der Bereitschaftspolizei 1 356 Stellen
- Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) 133 Stellen

Die Gesamtollstärke der sächsischen Polizei beträgt somit nur noch 12 979 Stellen (minus 1 975), wovon dem Polizeivollzugsdienst 10 804 Stellen vorbehalten sind. Die Zahl beinhaltet auch hier keine Stellen für Auszubildende und Beamte im Vorbereitungsdienst.

Damit sind doch nun alle Fragen beantwortet?!

Doch so viel sei angemerkt:

Unsere Polizeibeschäftigten sind in einem staatlichen „Betrieb“ oder „Konzern“ tätig, der wie kein anderer allen Bevölkerungsschichten rund um die Uhr für Hilfeleistungen jeder Art zur Verfügung steht, der für ein breites Spektrum von Konfliktsituationen und Problemlagen zuständig ist und an den sehr unterschiedliche Erwartungen herangetragen werden. Das ist keineswegs nur die Erwartung von Sanktionierung und Kriminalisierung, sondern vielmehr auch die Erwartung von Hilfe, Streitschlichtung, Wiedergutmachung und Disziplinierung. Gerade diese Handlungsfelder prägen die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Polizei. Dabei wandeln sich Ansicht und Wirkung nach dem Bedarf. Wenn ein Bürger die Polizei ruft, erwartet er schnelle, vorbehaltlose und effiziente

Hilfe. Wünscht er sie nicht, kann die Anwesenheit der Polizei eher bedrohlich und lästig wirken. Polizeiliches Eingriffshandeln zur Konfliktregelung, Gefahrenabwehr oder Beendigung von Normverletzungen bedeutet einerseits Schutz betroffener Bürger, andererseits Vorgehen gegen diejenigen, die die Störungen verursachen. Damit gerät der jeweils handelnde Polizeibeschäftigte unvermeidlich in das Spannungsfeld dieser Konfliktlagen.

Trotz dieser widersprüchlichen Erwartungen genießt die Polizei bei den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Ansehen und Vertrauen.

Sie wird sich auch in Zukunft auf neue Situationen einstellen müssen.

Zugleich wächst aber auch der Erwartungsdruck an die Polizeibeschäftigten des Freistaates Sachsen.

Die Vielfalt, Einzigartigkeit und Nichtvorhersehbarkeit von Ereignissen, die im polizeilichen Alltag vorkommen, müssen sie jeweils situationsangepasst, rechtsstaatlich, sozial verträglich, verhältnismäßig und vielfach unter Zeitdruck bewältigen. Die Aufzählung birgt in sich die Beantwortung nach den notwendigen Tugenden, die eine Polizistin oder ein Polizist in vielen Situationen des täglichen Dienstes umsetzen muss. Zugleich stehen sie ständig unter Kontrolle der Öffentlichkeit. Die Anforderungen werden nicht geringer und auch nicht unkomplizierter. Es ist also jederzeit eine professionelle Handlungskompetenz und Bürgernähe erforderlich.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist eine planmäßige und kontinuierliche Personalentwicklung ein wichtiger Baustein, um die täglichen Aufgaben und die damit verbundenen Anforderungen jederzeit erfüllen zu können.

Bereits im Jahre 2005 hat die GdP Sachsen darauf aufmerksam gemacht, dass die Anzahl der Ruhestandsversetzungen und „Verrentungen“ rasant zunehmen werde. Seien es bis Ende 2010 noch 1 701 Fälle, so steigt diese Zahl bis Ende 2015 auf 3 851 und Ende 2020 gar auf 6 389. Zahlen, deren Kenntnis kein Hexenwerk ist!

Die Gewerkschaft der Polizei tritt deshalb für eine schnellstmögliche Überarbeitung einer Personalentwicklungskonzeption für die Sächsische Polizei (PEK) ein. Sie muss ihren Namen verdienen und sollte alle Berufsgruppen einbeziehen. Es geht nicht nur um eine simple Weiterentwicklung, sondern um eine eindeutige Neupositionierung.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Sachsen**

Geschäftsstelle:
Sachsenallee 16
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Internet: www.gdp-sachsen.de
E-Mail: gdp@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei
Telefon: (035204) 68714
Telefax: (035204) 68718
Internet: www.psw-service.de
E-Mail: psw@psw-service.de

Redaktion:
Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Scharnhorststr. 5, 09130 Chemnitz
Telefon: (dienstlich) (0371) 3 87-20 51
Fax: (dienstlich) (0371) 3 87-20 55
E-Mail: Redaktion@gdp-sachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2801



LEITARTIKEL

nierung. Oft genügt es, einfach vorhandene Rahmenbedingungen nur besser zu nutzen. Es geht darum, dass u. a. das Führungsverhalten optimiert wird, Arbeitszufriedenheit und Betriebsklima stimmen, Berufsattraktivität und Arbeitssicherheit verbessert werden und das Personal besser qualifiziert und gefördert wird. Ausgerichtet an den Modernisierungsanforderungen sowie am Leitbild der Polizei, vernetzt mit der Aufgaben-, Organisations- und Ressourcenentwicklung und gestützt auf die bisherigen Erfahrungen muss in einem transparenten und partizipierten Verfahren eine systematische Personalentwicklungsplanung für die Polizei auf den Weg gebracht werden.

Die Personalentwicklung ist als systematische Gestaltung von Prozessen anzulegen. Es geht um die Möglichkeit, das Leistungs- und Lernpotenzial der Beschäftigten zu erkennen, zu erhalten und in Abstimmung mit dem Bedarf (Verwendung/Entwicklung) zu fördern. Die Personalentwicklung sollte die Interessen der Polizeibeschäftigten mit den Interessen der Polizeiorganisation verknüpfen, um eine möglichst optimale Leistung der Polizeiarbeit zu erreichen. Die individuelle Förderung der einzelnen Beschäftigten steht dabei im Vordergrund.

Bei der Entwicklung dieser PEK sollten alle Beschäftigten und ihre Vertretungen in breiter Form einbezogen werden.

In diesem Zusammenhang sollten nachfolgende Schwerpunkte ebenfalls beachtet werden:

Dauerabordnungen sind abzuschaffen, da sie den Personalbestand der entsendenden Dienststelle belasten und die Arbeitsbelastung der verbleibenden Beamten ungerechtfertigt erhöhen.

Suspendierungen sind effektiver und schneller seitens der sächsischen Landespolizei abzuwickeln und dem Verwaltungsgericht zur Vorlage zu bringen. Der gegenwärtige Zustand von Suspendierungen mit einer Bearbeitungszeit bis zur Entscheidung von bis zu fünf Jahren und mehr erscheint ungerechtfertigt.

Eine Dislozierung entsprechend des Alters des jeweiligen Personalbestandes ist anzustreben. Das Durchschnittsalter ist zu hoch, was für die Einstellung von mehr jungen Menschen in den Polizeidienst spricht.

Bei der Umorganisation ist die Belastung des einzelnen Beamten zu beachten. Es ist keinem geholfen, wenn

immer weniger Beamte die Aufgaben zu bewältigen haben und durch die daraus resultierende Mehrbelastung gesundheitlich Schäden erleiden und in deren Folge vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden müssen.

Für lebensältere Beamte (nach unserer Auffassung ab 50) muss die Möglichkeit des Ausscheidens aus dem Wechsel- bzw. Schichtdienst geschaffen werden. Jeder Beamte soll selbst entscheiden können, ob er über die Vollendung des 50. Lebensjahres hinaus im Wechsel- bzw. Schichtdienst verbleiben möchte.

Eine zu erstellende Personalentwicklungskonzeption muss auch für lebensältere Polizeivollzugsbeamte eine Verwendung ermöglichen. Ein Einsatz im Ermittlungsdienst kann kein „Allheilmittel“ sein, denn der Dienst in diesem Bereich unterliegt auch Zwängen, z. B. einer möglichst hohen Aufklärungsquote. Darüber hinaus sind die Stellen im Bereich des Ermittlungsdienstes begrenzt und unter Berücksichtigung der Persönlichkeit ist auch nicht jeder ältere Beamte für den Einsatz im Ermittlungsdienst geeignet.

Seit mehreren Jahren beteiligt sich das Landespolizeipräsidium mit seinen nachgeordneten Dienststellen an der Ausbildung von jungen Leuten in verschiedenen Berufen. So sind in den vergangenen Jahren Ausbildungsverhältnisse in zwölf Berufsbildern vertraglich umgesetzt worden. Zurzeit werden noch Ausbildungen im Bereich Kfz, Informatik und Kommunikation sowie der allgemeinen Verwaltung realisiert. Die Zahl ist stark rückläufig.

Daneben ist die Aus- und Fortbildung der Polizeibeschäftigten zu planen, zu organisieren und umzusetzen.

Für die Gewerkschaft der Polizei ist die Aus- und Fortbildung einer der wesentlichsten Bausteine für erfolgreiche Polizeiarbeit.

Die Schaffung eines erhöhten Einstellungskorridors zur Ausbildung und Beschäftigung junger Polizeibeamter ist dringend geboten. Zugleich ist auch die Ausbildung in den Servicebereichen der Polizei von hoher Bedeutung und muss zielgerichtet fortgesetzt werden.

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist in die Aus- und Fortbildung mehr, aber eben nicht nur finanziell zu investieren. Ein Verweis auf knappe Kassen oder ausgeglichenen Haushalt durch die Staatsregierung ist mit Blick auf die Kassenlage des Freistaates im

Bundesvergleich kontraproduktiv. Insbesondere unter Berücksichtigung der Altersstruktur der Polizei und der Anzahl der Jugendlichen, die für den Ausbildungsmarkt in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen, wird uns zwingen, rasch zu handeln.

Gleichzeitig macht sich immer mehr ein Problem breit. Es ist das Vermitteln von langjährigen Erfahrungen in der Polizeiarbeit.

Das Vermitteln der allgemein vorgesehenen Kenntnisse im Rahmen der Aus- und Fortbildung ist grundsätzlich ausreichend, um seinen Dienst versehen zu können, jedoch ist die Vermittlung von spezifischen Erfahrungen für eine erfolgreiche Tätigkeit von besonderer Bedeutung. Die sich ausbreitende Spezialisierung in der Wirtschaft geht auch an der Polizei nicht spurlos vorbei. Gerade die Tiefgründigkeit von notwendigem Wissen in ausgewählten Kriminalitätsfeldern, z. B. der Wirtschaftskriminalität oder bei der Verkehrspolizei z. B. im Bereich Kontrolle Schwerlasttransport, zeigt den Handlungsdruck auf. Die Altersstrukturen zeigen zwingend die Notwendigkeit eines sofortigen Handelns auf.

Ebenso ist die Frage zu beantworten, in welcher Form künftig die Ausbildung von Polizeibeamten erfolgen soll. Es geht aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei nicht um ein: „Weiter so!“ Es geht um echte Alternativen in der Ausbildung und um Verbesserung in der Qualifikation. Dabei ist auch die Quantität ein unverzichtbarer Faktor.

Die aktuelle personelle Situation in den Organisationseinheiten der Polizei beweist die Notwendigkeit, sich mit der Frage der Sicherstellung in all seinen Facetten (zum Beispiel Dienststärke, Lehrpersonal, Kapazitäten der Aus- und Fortbildungseinrichtungen) zu beschäftigen und praktisch umzusetzen. Zugleich beweisen die Zahlen der nächsten Jahre, welches Potenzial an Erfahrung und personellen Ressourcen durch Pensionierung bzw. Verrentung für die Polizeiarbeit verloren geht.

Um attraktive, absehbare Perspektiven für junge Kollegen aufzuzeigen sowie um Kontinuität und Sicherheit für erfahrene Beamte zu gewährleisten, wodurch letztendlich Motivation und Engagement im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger hergestellt werden, ist ein tragfähiges, zukunftsweisendes Personalentwicklungskonzept notwendig!

Torsten Scheller



Gipfel, Gipfel und noch mal Gipfel

G 7 in Dresden, G 6 in Moritzburg und zuletzt G 7 in Elmau – jedes Mal waren Kräfte der sächsischen Bereitschaftspolizei beteiligt.

Drei Tage, zwei Tage und sechs Tage im Einsatz! Da sieht man seine Familie in zwei Wochen eben auch mal nur an drei Tagen. Die prognostizierten Lagen sind glücklicherweise nicht annähernd eingetreten.

Nun kann man sagen, dass dies aufgrund der guten Planung der Vorbereitungsstäbe und der ausreichend vorhandenen Polizeikräfte eingetreten ist, aber man stellte auch fest, dass das Störerpotenzial, welches erwartet wurde, einfach nicht da war.

So ist das Resümee einfach zu ziehen. Es waren durchweg gelungene Einsätze!

Das ganze Drumherum hat größtenteils gestimmt, die Unterkünfte waren in Ordnung (bis auf kleine Ausnahmen), die Versorgung war okay (über Geschmack lässt sich ja streiten) und das Wetter bot von jedem etwas in den 14 Tagen (gut, geschneit hat es nicht). Auch die Aussicht, vor allem in Elmau, entschädigte sicher für einiges. Und auch die Berechnung der erbrachten Zeiten war zumindest bei den Einsätzen in Sachsen sehr fürsorglich. War es dem geschuldet, dass sich die Gewerkschaft der Polizei für eine 100%ige Schreibweise eingesetzt hat (wäre schön) oder war es doch eher so, dass wieder nicht genügend Polizeikräfte zur Verfügung standen. Das bleibt offen.

Es gibt aber auch nicht so positive Anmerkungen. Bei allen drei Einsätzen wurde wieder in gravierender Art und Weise gegen die Arbeitszeitrichtlinien verstoßen. Insbesondere bei den Einsatztagen in Elmau gab es „Ruhezeiten“, die nicht länger als fünf Stunden waren und dies nicht nur an einem Tag.



Trotz ruhiger Lagen gab es Dienstzeiten von weit über 13 Stunden bei allen G-Einsätzen. Insbesondere in diesem Bereich tut man sich in der Führung schwer, sich an gesetzliche Vorgaben zu halten. Hier fehlt es einfach an konsequenter Umsetzung der Richtlinien.



In Elmau wurde die 100%ige Schreibweise sehr unterschiedlich angewendet und die Vorbildwirkung von Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern kam hier nicht zum Tragen. So ist es Tatsache, dass sächsische Beamte vom Elmaueinsatz unterschiedliche Zeitberechnungen vorweisen, obwohl sie alle im selben Zeitraum dort vor Ort waren. Der eine konnte sich 100% durchgängig schreiben, der andere nicht.

In Elmau gab es zudem ein immenses Funkproblem und, man höre und staune, trotz Digitalfunk (unserer Zukunft). So war es nicht möglich, jeder Hundertschaft (geschweige denn jedem Zug) einen Kanal zuzuweisen. Oft mussten sich zwei oder drei Hundertschaften einen Führungskanal teilen. Die Qualität des Funkes war

wider Erwarten schlecht und so kam es zu Überlagerungen und Verständigungsproblemen. Der Analogfunk lässt grüßen, den durfte man aber nicht nutzen. Und dabei waren es nicht einmal so viele Kräfte wie bei einem Castor-Einsatz, was keine guten Aussichten für einen nächsten Großeinsatz sind.

So kann ich für mich feststellen: Es waren gelungene Einsätze in dem Sinn, dass diese relativ ruhig verlaufen sind und sich meine Familie nicht wie in Frankfurt (Europäische Zentralbank) Sorgen machen musste. Aber trotz allem wäre es doch schön, wenn man mal eine Großlage so gestaltet, dass auch Arbeitszeitvorschriften eingehalten werden.

**Bis zum nächsten Mal
Mike Mähler**



JUNGE GRUPPE**Sie arbeitet bereits am Limit!**

Der Polizeipräsident Bernd Merbitz lässt seit einem Familiendrama am Pfingstwochenende die Präsenz der Polizei in der Eisenbahnstraße und um den im letzten Jahr in der Umgebung geschaffenen Polizeistandort erhöhen. Dies ist mittlerweile die zweite Brennpunktaußenstelle im Stadtgebiet Leipzigs. Nachdem man also sukzessive von sieben auf vier Stadtreviere abgespeckt hat, wird nun versucht, diesen Fehler mittels Behelfsmaßnahmen rückgängig zu machen.

Es drängt sich jedoch die Frage auf, wer diese Mehrarbeit tragen soll!

Mit der Schließung einzelner Reviere wurde der Stellenabbau im öffentlichen Dienst umgesetzt. Bis 2020 sollen weitere 2 600 Stellen bei der Polizei Sachsen abgebaut werden. 2010 gab unser Innenminister Markus Ulbig gegenüber dem MDR Sachsen ein Interview, bezugnehmend auf diesen Stellenabbau. Das Hauptargument des Innenministers bezieht sich auf die Einwohnerzahlen des Landes Sachsen. Diese sind seit Jahren stetig rückläufig, die sächsische Polizei muss sich diesem Trend anpassen. Diese demografische Entwicklung mag zwar stimmen, jedoch übersieht unser Innenminister weitere wichtige Argumente, die gegen eine Reduzierung der Polizeikräfte sprechen.

Vor allem ist hier anzumerken, dass der vom Innenminister gepriesene Trend nicht in der Stadt Leipzig nachweisbar ist. Ganz im Gegenteil! Seit 2010 steigt die Einwohnerzahl jährlich um 10 000. Und die derzeitigen Prognosen verheißen kein Abreißen dieses Trends. Dies schlägt sich auch in der aktuellen Kriminalitätsstatistik nieder. In der Kriminalitätsstatistik von 2014 sind die Fallzahlen der Stadt Leipzig auf 79 235 gestiegen, dies sind rund 8 800 Fälle mehr als im Vorjahr. Das bedeutet für die Reviere eine Auftragsbelastung von circa 400 Fällen pro Tag. Stark frequentierte Reviere – wie im Bereich Zentrum oder Südost – bekommen zudem Sonderaufgaben, um der steigenden Kriminalität in ihren Bereichen Herr zu werden.

Derzeit fällt dies, neben dem so wieso stressigen Alltagsgeschäft, dem Streifendienst zulasten. Im Februar 2014 eröffnete eine Außenstelle des Revieres Südost in der Wiedebach-Passage.

Alles lässt sich gerecht verteilen, bloß die Arbeit nicht.

Wolfgang Mocker

Rund um die Uhr waren zwei Beamte des Streifendienstes im Gebäude. Im Januar dieses Jahres wurde die Außenstelle von circa 50 Vermummten angegriffen. Die zwei Beamten kamen zum Glück mit dem Schrecken davon. Seitdem sind zwei Beamte in der Außenstelle und zwei in der näheren Umgebung abgestellt.

Im August 2014 wurde in der Eisenbahnstraße eine weitere Außenstelle dieser Art eröffnet. Diese wird tagsüber von Montag bis Donnerstag von insgesamt drei Bürgerpolizisten besetzt. Doch seit dem Familiendrama am Pfingstwochenende wird auch hier der Streifendienst stärker eingebunden. Dieser löste die Bürgerpolizisten ab und besetzt die Eisenbahnstraße nun fast rund um die Uhr mit zwei Beamten in der Außenstelle und zwei in der näheren Umgebung, falls keine anderen Kräfte verfügbar sind.

Diese Tätigkeit wird dem Streifendienst neben den rund 400 Fällen pro Tag noch zusätzlich auferlegt. Noch vor der Eröffnung der Außenstellen stöhnten die Stadtreviere bereits unter der auch durch die Polizeiführung registrierten, zunehmenden Auftragsbelastung. Daher ist Folgendes umso verwunderlicher: Die Zuversetzungen in den Streifendienst der Stadt Leipzig fangen im Moment nicht einmal die Abversetzungen und Eintritte in den Ruhestand auf. Jedoch steigen die Kriminalität und Aufgabenbelastung stetig weiter. So ist es zur Regel geworden, dass der Bürger bei einem Kellereinbruch, Autoeinbruch oder Unfall mindestens zwei Stunden auf die Polizei wartet. Viele werden gebeten, auf die Reviere zu kommen, um dort eine

Anzeige zu erstatten. Dort unterstützt zurzeit der Anzeigendienst von Montag bis Samstag den Streifendienst.

Unter der hohen Auftragsbelastung leiden die Präsenz und die Arbeit der Polizei in der Stadt Leipzig. Für Streifenfahrten und eigenständige Kontrollen ist keine Zeit mehr.

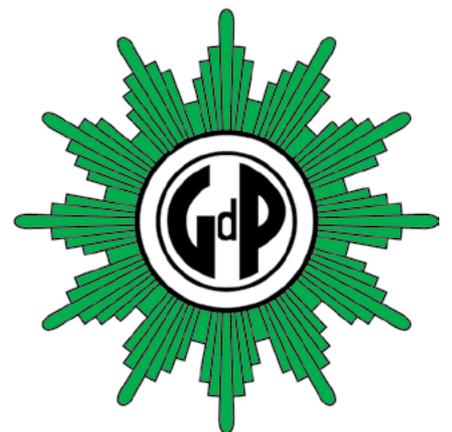
So hübscht die sächsische Polizei ihre Statistik auf. Denn ohne Feststellung, keine Straftat! Straftaten, wie sie jüngst in der Eisenbahnstraße oder am Bundesverwaltungsgericht begangen wurden, können nicht verhindert werden. Die Polizei der Stadt Leipzig hat dafür keine verfügbaren Kräfte beziehungsweise Reserven mehr. Sie arbeitet bereits am Limit! Das Sicherheitsgefühl der Leipziger ist angeschlagen und wird sich aufgrund der oben genannten Tatsachen drastisch verschlechtern. Einbrüche und Überfälle werden zwar aufgenommen, können aber im Vorfeld kaum noch verhindert oder im Nachgang ausermittelt werden.

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis das System kollabiert.

**JUNGE GRUPPE,
Bezirksgruppe Leipzig**



Gewerkschaft der Polizei



Koffer packen und Ausrüstung verladen

Ende April hieß es für den BPZ 322 „Koffer packen und Ausrüstung verladen“, denn die Reise führte wegen einer dreitägigen Aus- und Fortbildung zur AVS Meißen.

Weit im Voraus geplant, kann man jedoch nicht mit Petrus rechnen. So ereilten die Beamten sowohl Sonne satt mit tropischen Temperaturen (vor allem unter dem Einsatzanzug) und strömender Regen mit drastischem Temperaturabfall als auch leichter Schneefall. Tja April, April, der weiß nicht, was er will ...

Im Gegensatz zu unseren Beamten, die es genau wussten: sich in Bewegungstaktik, den Neuerungen zur Bewältigung von Amoklagen und Waffenhandling fit machen.

Natürlich sollte die physische Konditionierung nicht zu kurz kommen. So wurde auch ein Lkw mit Fahrrä-

gemeinbildung über unsere Landeshauptstadt geschult und besuchte eine Sternwarte.

Den i-Punkt auf die gelungene Fortbildung setzte eine Teamfindungsmaßnahme mit anschließendem gemeinsamen Mittagessen in der Drogenmühle Heidenau. An der Stelle sei erwähnt, dass deren Name nichts mit Betäubungsmitteln zu tun hat.

POK Thümer lobte beim Abschlussanreten nochmals die gelungene Veranstaltung und das Erreichen des Zieles des Zusammenwachsens untereinander.

Abschließend möchten wir uns für die Unterstützung durch die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Bereitschaftspolizei Chemnitz, recht herzlich bedanken.

L. Schubert, BPZ 322



Fortbildung Meißen 2015

dern mitgeführt. Leider musste dieses Vorhaben aufgrund des oben benannten Unwetters in die Zukunft verschoben werden. Dafür wurde man in All-

Anzeige



Einfach sparen



Partner

Egal ob bei verschiedenen Automarken, bei Banken, im Kurbereich günstige Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen, haben wir uns ganz groß auf die Fahne geschrieben. Mit ein paar Klicks auf unserer Homepage können Sie eine Übersicht unserer Partner anfordern.



Mobilfunk

Mit Hilfe unseres Anbieters, Primastrom, können wir Ihnen einen Exklusiven-Tarif anbieten. So können Sie mit uns neben dem bekannten D2-Netz auch im O₂-Netz zu Top-Konditionen telefonieren.



Festnetz & DSL

Neben Mobilfunk bieten wir Ihnen auch DSL- und Festnetztarife für grenzenlose Kommunikation. Von

Wenig- über Vieltelefonie bis hin zur Auslandsflat ist für jeden etwas dabei. Immer mit dabei ist auf jeden Fall die DSL-Internet-Flat mit bis zu 16.000 kbit/s und ein kostenfreier WLAN-Router.



Strom

Ärgern Sie sich auch, wenn Sie die Post Ihres Stromanbieters öffnen? Entweder er schickt die Jahresabrechnung mit einer Nachzahlung oder die Ankündigung einer Preiserhöhung. Nutzen Sie doch unseren Stromanbieter. Hier können Sie sich bis zu 36 Monaten den vereinbarten Preis sichern. Dies ist nur einer der Vorteile, die wir mit unserem Partner, primastrom, für Sie ausgehandelt haben.



Sky

Einen weiteren Rahmenvertrag haben wir mit Sky abgeschlossen. Sichern Sie sich besseres Fernsehen. Aufgrund unserer großen Kundengruppe konnten wir für Sie super günstige PSW-Konditionen rausholen. Diese Vorteile geben wir Ihnen, als Kundenkarten-inhaber, selbstverständlich eins zu eins weiter.

www.psw-sn-th.de



BEZIRKSGRUPPE CHEMNITZ**Benefizlauf in Oberwiesenthal**

Am 30. Juni 1990 gründete sich in Chemnitz der Elternverein für krebserkrankte Kinder e. V., dessen Ziel in der Betreuung und Begleitung von Familien, in denen ein Kind an Krebs erkrankt ist, besteht. Dabei reicht die Unterstützung vom Beginn der Erkrankung über den Behandlungszeitraum bis hin zur Nachsorge, einschließlich der erforderlichen Reintegration in das normale Leben nach einer erfolgreichen Behandlung sowie der Betreuung von Geschwisterkindern. Die Begleitung bei Todessituationen und die Trauerbewältigung gehören auch zum Leistungsumfang.

Am 5. Juni 2015 fand der Benefizlauf des Vereines in Oberwiesenthal statt. Schirmherr für Oberwiesenthal ist die Skifluglegende Jens Weißflog, der auch persönlich vor Ort war und den Lauf startete. Eröffnet wurde die Veranstaltung durch die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Barbara Klepsch, die

sich als ehemalige Oberbürgermeisterin der „Berg- und Adam-Ries-Stadt“ Annaberg-Buchholz gut mit dem Verein und dessen Anliegen auskennt. In ihrer Eröffnungsrede dankte sie dem Verein für seine Arbeit und zeigte sich erfreut über die circa 2500 Menschen, die sich auf dem Veranstaltungsgelände tummelten.

Neben der Laufveranstaltung fand auch der Städtewettkampf der DAK statt, wobei es darum geht, so viele Kilometer wie nur möglich in einer vorgegebenen Zeit auf einem Fahrrad zu bewältigen. Im vergangenen Jahr belegte der Kurort Oberwiesenthal den 3. Platz.

Um 16.30 Uhr wurde die Laufveranstaltung eröffnet und sogleich machten sich die circa 650 starken Läuferfelder auf die Strecken. Dabei gab es eine Kurzstrecke für Kinder und eine 1,3 Kilometer lange Runde für Läufer aller Altersgruppen. Es war egal, ob man Läufer oder Nordic Walker war. Auch Menschen mit Behinderungen machten sich auf den Weg.

Das Prinzip des Laufes ist dabei ganz einfach. Sponsoren honorieren

jede absolvierte Runde mit einem Geldbetrag. Je mehr Runden die Teilnehmer schaffen, umso größer der Betrag für den Elternverein. Hinzu kommt, dass auch sonstige Spenden möglich sind. Das Erreichen der Spendengröße des letzten Jahres wurde als Zielstellung benannt. Da das Erheben der geleisteten Spenden aber für gewöhnlich mehrere Wochen in Anspruch nimmt, kann erst am Ende des Jahres gesagt werden, ob dieses Ziel erreicht wurde.

Aus dem Polizeirevier Annaberg haben sich Isabell Hegewald, André Henk und Andy Gerstenberger am Lauf beteiligt. Insgesamt legten sie 30 Runden zurück und haben somit einen guten Teil für das Gesamtergebnis geleistet. Eine Spende des Polizeireviers Annaberg von 150 € wurde zusätzlich dem Veranstalter übergeben.

Isabell meinte nach dem Lauf, dass die starke Sonneneinstrahlung und die hohen Temperaturen schon anstrengend waren. Alle drei waren sich einig: Nächstes Jahr sind wir wieder dabei.

Lutz Münnich



Impressionen vom Benefizlauf in Oberwiesenthal

Fotos: BG Chemnitz & Collage Jana Sanders





Interaktiver Funkstreifenwagen in ...

... Sachsen

Das Projekt Interaktiver Funkstreifenwagen Polizei Sachsen (IFPS) wurde im Jahr 2011 mit dem Ziel ins Leben gerufen, einen interaktiven Funkstreifenwagen zu konzipieren, zu realisieren, zu erproben und schrittweise einzuführen. Grundsätzliches Anliegen dabei war, die sächsische Polizei in die Lage zu versetzen, die Polizeipräsenz außerhalb ihrer Liegenschaft zu erhöhen, die Eigensicherung zu verbessern, die Ressourcen an Personal und Einsatzmitteln besser zu nutzen und die Einsatzkoordinierung und Kommunikation zum Einsatz zu optimieren.

Diese Aufgabe war mit großen Herausforderungen verbunden, da sie in einer Phase begann, in der ein wesentliches Element der polizeilichen Kommunikation, der Funk, vom analogen auf digitalen Betrieb umgestellt wurde. Nach einer Analyse der Arbeitsabläufe und Prozesse, die in Verbindung mit einem Funkstreifenwagen im Außeneinsatz relevant sind, wurde eine Grundkonfiguration des interaktiven Funkstreifenwagens definiert. Dabei wurden zwei wesentliche Elemente unterschieden.

Die erste Komponente, ein Mobil-PC-System, soll für die Unterstützung der Vorgangsbearbeitung am Einsatz- bzw. Tatort eingesetzt werden. Es folgte eine Ausschreibung eines entsprechenden Mobil-PC-Systems, bestehend aus konvertiblem Notebook, akkubetriebenem Tintenstrahldrucker mit entsprechendem Büro- und Autonetzteil und Transporttasche. Ende des Jahres 2013 erfolgte die Bereitstellung der Anbindung an das Datennetz der Polizei über eine sichere UMTS-Verbindung mittels VPN-Tunnel. Mittlerweile sind 1 200 dieser MPC-Systeme fester Bestandteil des täglichen Einsatzes bei der Vorgangsbearbeitung. Die Vorteile, im Funkstreifenwagen bzw. am Tatort mit einem mobilen PC-System alle Anwendungen, die im Büro möglich sind, zu nutzen, wurden im Jahr 2014 gut angenommen. Eine erste Auswertung zeigt einen durchschnittlich mobilen Datenverbrauch von 500 MB mit steigender Tendenz auf. Die hohe Akzeptanz ist nicht

zuletzt darauf zurückzuführen, dass von vornherein alle Geräte mit schnellen Komponenten, einem Festplattenschalter in der Form einer SSD, ausgestattet wurden.

Die zweite wesentliche Komponente des interaktiven Funkstreifenwagens, das Car-PC-System, wurde mit der Zielstellung, polizeiliche Einsatzkommunikation und die Bereitstellung von Daten für die Einsatzbewältigung zu verbessern, konzipiert. Ein wesentliches Ziel dabei war, die Kommunikation zwischen den Leitstellen und den Funkstreifenwagen vom reinen Sprechfunkverkehr zur textgebundenen Datenübertragung zu bringen. Hintergrund dafür war die Möglichkeit einer Qualitätsverbesserung der Übergabe von Daten. Mit dem Aufbau des Digitalfunknetzes, der Einführung einer neuen Leitstellensoftware im Freistaat Sachsen, galt es, die Möglichkeiten des Tetra-Digitalfunks zu nutzen.

Die Projektgruppe entwickelte auf Basis des Short-Data-Service (SDS) ein Konzept zum Auftragsmanagement. Auf Grundlage des Tetra Standards und der Protokollstruktur, der sogenannten SDA-Erweiterung (Short Data Applikation), wurde eine Protokollstruktur für Auftragsnachrichten entwickelt. Eine wichtige Forderung dabei war die Möglichkeit, Koordinaten der Einsatzorte zu übertragen. Mit dem abgestimmten Konzept zwischen der Arbeitsgruppe Leitstellen und der Projektgruppe konnte das Konzept Auftragsmanagement per SDS in der Praxis realisiert werden. Seit nunmehr Oktober 2014 arbeiten die Polizeidirektionen Chemnitz, Dresden und Leipzig mit diesem System.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Notwendigkeit, eine zentrale Bedien- und Anzeigeeinheit für die polizeilichen Sonderkomponenten Sondersignalanlage, Analog- und Digitalfunk, im Fahrzeug zu integrieren. Besonders im Bereich der Armaturentafel steht immer weniger oder kein Platz für polizeiliche Bediengeräte zur Verfügung. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, über einen definierten Standard, zunehmend auf die vorhandenen Systeme in den

Fahrzeugen zurückzugreifen. Im Zuge der Projektarbeit wurde eine technische Leistungsbeschreibung einer solchen Komponente erarbeitet. Im Jahr 2013 wurde erstmals ein Car-PC-System in eine Fahrzeugausschreibung integriert. Im Ergebnis dieser Ausschreibung wurden im Mai 2014 die ersten einhundert Golf VII Variant mit dem Car-PC-System „Sonderfahrzeugassistent“ beschafft.

Die Anforderung hinsichtlich der sprechfunklosen Einsatzkommunikation wurde, wie in der Ausschreibung gefordert, realisiert. Das System ist in der Lage, per SDS eingehende Einsatzaufträge auf einem Fahrzeugmonitor anzuzeigen. Sofern an den Auftragstext Koordinaten angehängt sind, erfolgt bei Annahme des Einsatzauftrages durch die Funkstreifenwagenbesatzung eine automatisierte Zielführung über das integrierte Navigationssystem und das gleichzeitige Absetzen des Status drei über das Digitalfunkgerät. Zielstellung der Projektgruppe war es weiterhin, den Schulungsaufwand für die Bedienung der Komponenten Analog- und Digitalfunk so gering wie möglich zu halten. Das wurde dadurch realisiert, dass die Bedienoberflächen der bekannten Funkgeräte als virtuelles Abbild im System integriert sind. Mit der Indienststellung weiterer Fahrzeuge im Jahr 2014 bzw. Anfang 2015 sind nunmehr 306 interaktive Funkstreifenwagen der Pkw-Kompaktklasse im Freistaat Sachsen im Einsatz. Ein weiteres Car-PC-System befindet sich derzeit im Test. Eine wichtige Zielstellung für die Fortentwicklung des Systems ist die Möglichkeit der Abfrage von Kennzeichen während der Fahrt. Eine Nutzung des MPC-Systems ist aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen während der Fahrt nicht zulässig.

Die rasante Fortentwicklung im Bereich der Automobiltechnik, insbesondere bei den sogenannten Multi-Media-Anwendungen, stellt die Polizeibeschafter aller Länder vor große Herausforderungen. Mit dem in Sachsen begonnenen Vorgehen, auf integrierte Systeme zu setzen, wurde ein erster Schritt in die Zukunft getan.

Mirko Sauer

